

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Barsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich 1 Mk., 1/2-jährlich 5 Mk., ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren 1 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 1/2 Pfg., auswärts 1 Mk. Um- licher Teil 1/2 Mk. Reklamazeile 1/2 Mk. Beilagegebühr pro Hundert Mk. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Bemittlungen nehmen Austräge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Ami Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Falt, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 145

Mittwoch, den 7. Dezember 1921

32. Jahrgang

## Amtliches.

### Stadtgemeinderatssitzung

Donnerstag, den 8. Dezember 1921, abends 7 Uhr.  
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung hat vor einigen Tagen in der Kreditfrage einen amtlichen Schritt in England unternommen, jedoch noch keinen Antrag auf ein Moratorium gestellt.
- In der Reparationsfrage steht eine Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens unmittelbar bevor.
- Die Kommission, die sich mit der Kreditfrage der Industrie für das Reich beschäftigt, ist jetzt vom Reichskanzler zusammenberufen worden.
- Reichskanzler Dr. Brüch hat bei einer Versammlung eine Rede über die gegenwärtige Lage Deutschlands.
- In Krier hat infolge Herzblutung Bischof Dr. Korum.
- In Bern wurde ein deutsch-schweizerischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet.
- Die französische Regierung hat ihre Zustimmung zu einer Konferenz in Paris gegeben, auf der über die Orientfrage und das Reparationsproblem verhandelt werden soll.
- Nach amtlicher Meldung aus Wien ist die militärische Besetzung Westungarns beendet.
- Die polnische Regierung übernahm als zweite Abschlagszahlung für die übernommenen Eisenbahnen dem Danziger Senat den Betrag von dreißig Millionen deutscher Mark.

### Erfüllungspolitik.

Reichskanzler Dr. Brüch sprach sich am Sonntag bei einem Fest im Reichstag über die Richtlinien seiner Politik aus.  
Der Sitzungssaal des Reichstages erlebte Sonntag wieder einmal einen großen Tag — ohne daß der Reichstag selbst versammelt war. Der Reichspräsident mit seiner Gemahlin, viele Staats- und Würdenträger waren einer Einladung gefolgt, die der „Verein Berliner Presse“, eine der journalistischen Vereinigungen der Reichshauptstadt, an sie hatte ergeben lassen. Im Verlauf des Abends betrat der höchste Reichsbeamte, Reichskanzler Dr. Brüch, das Rednerpult, um in großzügiger Rede sich mit dem Publikum, das sich versammelt hatte, zu verständigen.  
Dr. Brüch fand mit allem, was er auf dem Herzen hatte, ein aufmerksames Publikum. Sowohl bei den anwesenden Vertretern der Presse, — als der Kanzler darauf zu sprechen kam, daß sie nicht immer bei der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz sein lassen, sondern zuweilen um der Sensation willen, vergäßen, was sie dem öffentlichen Wohle schuldig seien, — als auch bei den übrigen Zuhörern, als er deren politisches Verständnis für die gegenwärtigen Verhältnisse zu erörtern begann. Er sprach: Kampf muß sein, nur dem Kampf mit vergifteten Pfeilen vermag Dr. Brüch keinen Geschwind abzugewinnen. Auch das macht ihm Sorge, daß sich das politische Leben im neuen Deutschland zunehmend mechanisiert und materialisiert. Er muß eine wachsende Müdigkeit und einen Abbruch an politischen Dingen feststellen und insbesondere die zunehmende Enthaltung unserer Künstler und Wissenschaftler vom politischen Leben beklagen. Er sieht die Gefahr vor sich, daß diejenigen, die Fähigkeit mit Geist und Kunst haben, diejenigen, die sich mit geistigen und künstlerischen Arbeiten befassen, die Fähigkeit mit der Politik verlieren, während doch nach seiner Überzeugung beide Tätigkeitsgebiete sich durchdringen und ergänzen müssen, wenn kein weiterer Schaden geschehen soll. Er weist hier der Presse die Aufgabe zu, den Staat interessant zu machen — ohne dabei die Frage zu berühren, wie wohl der Staat beschaffen sein muß, wenn die Presse in der Lage sein soll, ihn auch den nicht politisch veranlagten Kindern unseres Volkes schmackhaft zu machen.  
Aber auch mit der Haltung der eigentlich wirtschaftlichen Kreise unseres Volkes ist der Reichskanzler nicht ohne weiteres einverstanden. Wohl will es ihm gefallen, daß Industrie und Bankwelt den Versuch machen, dem Reiche die Erfüllung seiner auswärtigen Zahlungsverpflichtungen, die sog. Erfüllungspolitik, zu ermöglichen. Aber daß dabei die Reizung hervortritt, diese Hilfsfähigkeit abseits vom Staate zu vollziehen, oder, richtiger ausgedrückt, den Staat um dieser Unterstützung willen von Industrie und Bankwelt abhängig zu machen, das kann Dr. Brüch nicht ungerührt hinnehmen. Er möchte geru Politiken auf lange Sicht machen und weiß natürlich ganz gut, daß sie nur bei Zusammenfassung aller positiven Kräfte zur Rettung des Staates möglich ist. Er sprach mit einer gewissen Heringschärfe von dem sich immer wiederholenden Personalwechsel in der Regierung, von dem „ewigen Taktat über die Taktik der Koalitionsbildung“. Das Hinwegkommen über den Winter, wie über die großen außenpolitischen Probleme erfordert eine verantwortungsbewusste Mitarbeit aller Schichten unseres Volkes. Der Tag werde kommen, wo große Entscheidungen reifen, und wo man sich entscheiden müsse, diesen oder jenen Weg zu gehen. Dann werde es Aufgabe gerade der deutschen Presse sein, allen politischen Faktoren und insbesondere den politischen Parteien beizubringen, daß das

Seitwärts-in-die-Büchse-schlagen keine Politik bedeute. Wenn wir in der Welt überhaupt noch etwas vorstellen wollen, so müsse in Deutschland jeder politische Wirt zu einer Unmöglichkeit gemacht werden. Mit der Sucht, eine neue Krise zu arrangieren, wenn eine politische Krise eben erst vorbei sei, werde das deutsche Volk nie frei werden und auch kein tägliches Brot nicht bekommen. Man frage über den „Kanzler der Erfüllung“. Wie aber müsse sich wohl eine Regierung der Erfüllung in der Welt bewegen, damit schließlich nicht die Einheit Deutschlands in Gefahr komme? Dieses Ziel, die Einheit des Vaterlandes und die Einheit seiner Wirtschaftsführung hinüberzuführen in eine Atmosphäre, wo nicht mehr der Gedanke der Auswirkung des Bleies, des Hasses und der Bestürzung maßgebend ist, müsse oberster Leitstern deutscher Politik sein und bleiben, und jeder sei willkommen, der dabei mitwirken wolle.

Der Veruchung, bei dieser Gelegenheit gegen gewisse Reden zu polemisieren, die in Washington gehalten worden sind, widerstand der Reichskanzler. Er zog es dafür vor, an die Unmöglichkeit zu erinnern, mit den Mitteln des Verfallers Vertrages oder des Londoner Ultimatum die Weltwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Er wiederholte die Erklärung der Bereitwilligkeit, sogar Vermögensverluste in Deutschland zur Verfügung zu stellen, die als Unterlage für einen auswärtigen Kredit zur Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen dienen könnten. Die Entscheidung aber, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen bodenlosen Topf der Reparationen ihr Geld hineinzutun, liegt bei Leuten, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Und bleibt jetzt nur übrig, mit Geduld der Entwicklung der kommenden Wochen entgegenzusehen. Mit Geduld und auch mit einer gewissen Zurückhaltung, bis die Erkenntnis allgemein geworden ist, daß die gewaltsame Ausschaltung Europas aus der Gesamtheit der gleichberechtigten Nationen eine Weltgefahr darstellt, der schließlich mit den harten Buchstaben des Verfallers Vertrages nicht begegnet werden kann. Auch auf die Stenergelese, die gegenwärtig dem Reichstage zur Beschlußfassung unterliegen, kam Dr. Brüch zuletzt noch zu sprechen, mit der dringenden Mahnung, hier bei aller Notwendigkeit von Kompromissen dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. Ohne deutlich sichtbare Opfer des Besten werde es freilich unmöglich sein, diese Geleise zu verabschieden. Würden sie zu Fall gebracht, so sei damit gar nichts getan, zumal ja ohne feste Ordnung in unserem inneren Haushalt auch unsere Stellung nach außen hin völlig unhaltbar werde. Nicht gelte es, die jetzige Regierung herauszubauen, es gelte die Sache des deutschen Volkes, es gelte den festen Willen, die Einheit und Freiheit des Reiches zu retten und für dieses Ziel alle geistigen und materiellen Kräfte anzuspämen.

Der einstimmige Beifall, den diese Rede im Reichstage fand, wird vielleicht nachher manche kritische Einwendung nicht mit Dr. Brüch auf einem Boden stehender Politiker nach sich ziehen. Aber es muß anerkannt werden, daß diese Ausführungen des Kanzlers mit die beste rednerische Leistung gewesen sind, die wir bisher von ihm zu verzeichnen haben.

### Von Niedergang zum Aufstieg.

Eine Rede Stegerwalds.  
Der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald hielt in Essen vor dem deutschen Gewerkschaftsbund eine mit ernstlichen Ermahnungen verknüpfte bedeutungsvolle Rede, in der er die Gründe unseres Niederganges und die Wege zu einem künftigen Wiederaufstieg kritisch beleuchtete.

Als ein Mittelalter, dessen Grundlegung zur deutschen Kleinindustrie er als verhängnisvolle Wurzel der jetzigen Entwicklung ansah, verfolgte er die Schicksalsjahre der deutschen Geschichte, aus der er noch die Spaltung der Geister durch die Reformation als besonders einschneidenden Wendepunkt hervorhob. Was daher in der gegenwärtigen Stunde mit Nachdruck erstrebt werden müsse, sei, daß in politischer Hinsicht zwischen den gläubigen Katholiken und gläubigen Evangelischen

eine einheitliche deutsche Auffassung herausgearbeitet werden muß, denn die stärksten sozialen Gegensätze sind der Idee nach in Deutschland zu finden. In Wirklichkeit sind die großen sozialen Kontraste in den anderen Ländern viel größer, aber der Klassenkampf, der bei uns herrscht, war in keinem Lande so stark ausgeprägt. Aus den Problemen der gegenwärtigen Politik hob er das Kredit- und die Inflation hervor, das seiner Ansicht nach in der vorliegenden Form verfehlt sei. Die Industrie hätte vielmehr ihre Hilfe auch ohne die bekannten Bedingungen leisten müssen. Aber Hugo Stinnes sagte er: „Ich stimme in diesen Punkten nicht mit Stinnes überein, aber wenn ich zu wählen habe zwischen den Wucherern und Schiebern in den Großstädten und auf der anderen Seite Stinnes, der abergläubig wie er der deutschen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen kann, dann ist mir Stinnes lieber als tausend von diesen Wucherern.“ Die englischen Gewerkschaften seien es gewesen, die den sozialdemokratischen Schreibern: „Wenn ihr nicht die Vertreter der Wirtschaft mit vor den Regierungswagen spannt, kriegt ihr eine Anleihe weder in England noch in den Vereinigten Staaten.“

Die Stabilisierung der Reichsregierung sei die Voraussetzung, wenn wir aus dem jetzigen Chaos herauskommen wollen. Die größte deutsche Aufgabe sei die Sorge für die Landwirtschaft. Was sich in den letzten Wochen hinsichtlich der Kartoffelversorgung abgepielt hat, sei ein Skandal. „Ich würde mir“, so sagte Stegerwald, „als gläubiger Katholik kein Gewissen daraus machen, diese Leute an die Wand zu stellen.“ Die deutschen Sozialdemokraten haben

vor gewaltigen neuen Aufgaben. Sie sind dazu berufen, den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zu verkürzen und auf diese Weise die hohe Umsatzsteuer, die sonst mehrfach erhoben würde, zu verringern.

### Ganze oder halbe Besserung.

Moratorium und Revision des Zahlungsplanes.  
Der Plan, der deutschen Regierung einen Zahlungsanstoß zu gewähren, findet bereits scharfe Kritik unter dem Gesichtspunkte, daß ein solches Verfahren keine grundsätzliche, sondern nur vorübergehende Hilfe bringen könnte. Drabury und der italienische Vertreter in der Reparationskommission sind für Moratorium, die Vertreter Frankreichs und Belgiens jedoch dagegen. Im britischen Schachmatt ist man der Ansicht, daß während der nächsten 10 oder 15 Jahre wenig Aussicht auf irgendwelche Zahlungen Deutschlands nach dem Reparationsplan bestehe. Das Wiesbadener Abkommen würde daher die einzige Art der Bezahlung während der nächsten 15 Jahre darstellen und deshalb ausschließlich Frankreich zugute kommen.

Wenn schon der Gedanke, daß nur Frankreich von einem Moratorium Profit hätte, in England Widerspruch auslöst, so geben die bekanntesten Finanztheoretiker in London sogleich einen Schritt weiter, indem sie die Heraushebung der Gesamtsumme der deutschen Schulden verlangen, weil das die einzige Art sei, wirklich gründliche Abhilfe zu schaffen. Die gründliche Revision der deutschen Reparationen sei für Handel und Gewerbe Englands eine Frage von Leben und Tod. Wenn die Entente dem im Wege stehen sollte, so müsse sie geopfert werden. Die Entente dürfe nicht dazu dienen, daß sich Frankreich und England gegenseitig und gemeinsam mit Deutschland ins Verderben hineinreißen.

Auch Keynes, der bekannte Kritiker des Verfallers Vertrages, tadelt den Plan eines zweijährigen Moratoriums. Nach seiner Ansicht müßten die Millionen von Deutschland die Bezahlung von 250 Millionen Goldmark am 15. Januar und weiterer 250 Millionen Goldmark am 15. März fordern. Die am 15. Februar und am 15. April fälligen Zahlungen müßten bis zur Entscheidung durch eine neue Konferenz in der Schwebe gelassen werden. Ohne eine ausländische Anleihe könne Deutschland nicht die geforderten Januar- und Februarraten bezahlen, ohne dadurch in eine Krise zu geraten.

### Neue Bilder aus Rußland.

(Aus den Beobachtungen eines deutschen Journalisten.)  
Durch die englischen Pläne, einen Wiederaufbau des östlichen Riesenreiches gemeinsam mit Deutschland in Angriff zu nehmen, hat Rußland über Nacht eine wesentliche erhöhte Bedeutung gewonnen. Das Problem liegt nun darin, wie sich ein Ausgleich zwischen den innerpolitischen Zuständen der Sowjetrepublik und den wirtschaftlichen Bestrebungen der politisch entgegengesetzt organisierten europäischen Staaten finden läßt. Um so mehr ist es nötig, erst einmal zu wissen, wie es in Rußland wirklich aussieht, denn bisher sind immer nur sehr widerspruchsvolle und oft ungläubigwürdige Meldungen von dort zu uns gedrungen. So wird es immerhin nicht allgemein bekannt sein, wenn jetzt der nach Rußland entsandte Vertreter eines großen Berliner Hauses feststellt, daß die Sowjetrepublik trotz ihres eigenartigen Linkradikalismus doch verstanden habe, eine Art neues Nationaltagesaßes in der Nation zu erwecken. Die Ursache dafür ist die Absperrung Rußlands von der Außenwelt und der Druck, der von außen auf ihm lastet und seine Bürger, ganz gleich welchen Standes, enger zusammenschmiedet. So ist man sich, wie berichtet wird, im Gedanken der Abwehr einer von außen kommenden „Intervention“ durch alle Stände einig. Man blickt daher mit besonderer Resonanz auf die Washingtoner Konferenz, die sich ja lebhaft mit der Frage befaßt, durch internationale Unternehmen Ordnung in Rußland zu schaffen, und das gleiche Vertrauen richtet sich gegen Polen, in dem man einen Vasallen Frankreichs erblickt, welches wiederum aus finanziellen Gründen starke Abneigung zur Einmischung in die Sowjetrepublik an den Tag legt.

Für die deutsch-russischen Beziehungen halten die Moskauer Nachhaber die Frage der Anerkennung des Russenstaates für ausschlaggebend. Man macht uns dort den Vorwurf, daß Deutschland günstige Gelegenheiten zur Annäherung an Rußland verstimmt habe, ohne daß man in Moskau die Schwierigkeiten und die Gebundenheiten recht zu würdigen scheint, mit denen die deutsche Außenpolitik selbst zu kämpfen hat. Jedenfalls hält man es unter den einmal gegebenen Umständen für das Beste, wenn zunächst keine politische, sondern eine starke wirtschaftliche Verständigung Deutschlands in Rußland eintritt. Sehr interessant aber ist es — und das läßt weitgehendes Rückschlüsse zu — daß man diese wirtschaftliche Verständigung nicht in Form einer deutsch-englischen Zusammenarbeit sehen möchte, eine Auffassung, die auch für Deutschland, welches man darüber offensichtlich im Gegensatz zu England bevorzugt, weil man es nicht zu fürchten braucht, Vorrecht geboten erscheinen läßt. Der russische Außenminister Tschitscherin erklärte dem deutschen Journalisten im Hinblick auf die Verständigungsmöglichkeiten für die internationale Geschäftswelt, der Tisch sei in Rußland gedeckt. Sehr richtig bemerkt der Berichterstatter dazu, es handele sich aber nicht nur um den Tisch, sondern auch um das Haus, in dem er gedeckt steht.